

Wochentäglich Abonnement für in Breslau 5 Mark, Meilen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechzehnseitigen Seite 20 Pf., Anklage 60 Pf.



Erscheint: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 458. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 30. September 1876.

Deutschland.

Berlin, 29. Sept. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den Kaufmann F. St. Jederse in Hammerfest zum Consul des Deutschen Reiches ernannt.

Se. Majestät der König hat die Mitglieder der Provinzial-Steuer-Direktionen, Regierungs-Ämtern Steinbeck und Döterich zu Altona, Jähnigen en zu Köln zu Regierungs-Räthen; sowie den Amtsrichter Dr. jur. Königsmann in Schwarzenbek zum Ober-Amtsrichter ernannt.

Der Königlich bayerische Rechtspraktikant Rödt ist zum Militair-Intendantur-Ämter ernannt und der Intendantur des III. Armee-Corps überwiesen worden. — Der Kreisrichter Felscher in Winzig ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Habelschwerdt und zugleich zum Notar im Departement des Appellations-Gerichts zu Breslau mit Anweisung seines Wohnsitzes in Landeck ernannt worden. Der Kreisrichter von Schlesbrücke zu Carlsruhe O.S. ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Neustadt O.S. und zugleich zum Notar im Departement des Appellations-Gerichts zu Ratibor mit Anweisung seines Wohnsitzes in Ober-Glogau ernannt worden. Der Gerichts-Ämter Saul in Stettin ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Briesen und zugleich zum Notar im Departement des Kammergerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Briesen ernannt worden. (R. Anz.)

[Militair-Wochenblatt.] v. Haugwitz, Oberst und Abtheil-Chef im Kriegs-Ministerium, zum Commandeur des Cadet-Corps mit der Bestimmung ernannt, daß derselbe bis zum 20. October er. als comandir. zur Dienstleistung im Militair-Cabinet verbleibt. Weist, Ober-Moskatz vom Niederrhein. Feld-Art. Regt. Nr. 5, mit Pens. in den nachgesuchten Ruhestand versetzt.

○ Berlin, 29. Sept. [Der Bundesrat.] — Die Verwaltung Elsaß-Lothringens. — Dementi.] Der Bundesrat wird morgen wiederum eine Plenarsitzung halten, in welcher u. A. eine Vorlage, betreffend die Vernehmung von Sachverständigen über die reichsgesetzliche Regelung des Erfindungs-Patentwesens, zur Beurtheilung kommen wird. Außerdem soll die Wahl der Mitglieder der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds stattfinden und der mündliche Bericht über den Auslieferungs-Vertrag mit Luxemburg entgegen genommen werden. — Aus den neuen Reichslanden lassen sich Stimmen vernehmen, welche von der Aussöhnung ausgehen, daß die beabsichtigte Reorganisation der Reichsbehörden, vermöge deren die Elsaß-Lothringische Abtheilung fortan eine gesonderte Stellung erhalten soll, den Wünschen Elsaß-Lothringens widerspreche. Darauf ist zu erwarten, daß die Umwandlung der Elsaß-Lothringischen Abtheilung in ein besonderes Reichsamt in Bezug auf die lokale Verwaltung der Reichslande selbst und namentlich in Bezug auf die Stellung des dortigen Ober-Präsidiums keinerlei Neuerungen enthält. Die Aenderung besteht nur darin, daß die Centralleitung nicht mehr eine Unterabtheilung des Reichskanzleramts bilden, sondern fortan unmittelbar unter der Oberleitung des Reichskanzlers selbst stehen soll. — Eine sachmännische Prüfung der statistischen Angaben in dem Briece aus Philadelphia in der „National-Zeitung“ über Eisen-Einfuhr und -Ausfuhr hat deren vollständige Unrichtigkeit ergeben. Der Verfasser hat nämlich bei den Einfuhrdaten Gewichts- und Wert-Colonnen der amtlichen eisten, bei den Ausfuhrdaten wieder die Angaben nach „Fiscal-“ und Kalenderjahren verwechselt. Wenn der Verfasser die Beweiskraft der Zahlen im Briece besonders rühmt, so müsten diese wenigstens mit größerer Genauigkeit geprüft werden. Auch die Behauptung vom Wokommen von Kohlen- und Eisenlagerne neben einander resp. ungetrennt, wird von Autoritäten des Bergfaches entschieden als unbegründet bezeichnet.

= Berlin, 29. Sept. [Aus dem Bundesrath.] — Mangel der Waarenstatistik.] Unter den Bundesrathsmitgliedern ist die lebhafte begrüßte Einrichtung getroffen worden, daß die Plenarsitzungen in der Regel an einem bestimmten Wochentage abberaumt werden, während Anordnungen für die Ausschüsse-Sitzungen in der Weise erlassen worden sind, daß Collisionen für solche Mitglieder, welche mehreren Ausschüssen angehören, gänzlich in Fortfall kommen. — Schon seit längerer Zeit besteht die Ansicht, eine Reihe von Mängeln in der deutschen Waarenstatistik auszugleichen. Dem Bundesrath war schon Anfangs dieses Jahres ein Bericht des kaiserlichen statistischen Amtes zugegangen, welcher sich über die Mängel verbreitet, die den statistischen Aufzeichnungen über Menge und Gattung der Waaren-Ausfuhr aus dem deutschen Zollgebiet nach dem Auslande anhaften. Das kaiserliche statistische Amt hat in einem sehr eingehenden Bericht später eine Reihe von Vorschlägen zur Abhilfe gemacht, welche im Wesentlichen darauf hinauskamen, daß der Waaren-Verkehr auf gewöhnlichen Landwegen in den statistischen Nachweisen über den auswärtigen Waaren-Verkehr von den übrigen Verkehrs-Gattungen getrennt zu halten, der Postverkehr auch in der Richtung der Ausfuhr anzuschreiben, das statistische Waarenverzeichnis in seiner jetzigen Einrichtung als brauchbare Grundlage für eine Werthberechnung der im auswärtigen Handelsverkehr umgesetzten Waaren nicht zu betrachten und deshalb zu revidieren und weiter auszubilden ist und daß endlich dafür gesorgt werden muß, daß die Ermittlung des Waarenausgangs, sowohl hinsichts der Menge, wie hinsichts der Gattung der Waare mit derselben Genauigkeit, wie die des Waareneingangs erfolge und daß sich die einzelnen Waarenbenennungen bei beiden Verkehrsrichtungen vollständig decken. Hierzu wird eine Verpflichtung der Verkehrsanstalten zur Mitwirkung als unerlässlich bezeichnet. Diese ganze Angelegenheit ist den Bundesrathsausschüssen für Zoll- und Steuerweisen, sowie für Handel und Verkehr überwiesen worden und wird in denselben voraussichtlich Gegenstand eingehender Verhandlungen bilden. Es wird dies allseitig mit um so größerer Freude begrüßt, als sich die Mängel der Waaren-Statistik bei der jetzigen Einrichtung in den beteiligten Kreisen fühlbar geltend machen. Die bisher vorhandenen Besserungsvorschläge werden indessen als zureichend nicht erachtet. Man ist allgemein der Ansicht, daß man die Ausfuhrstatistik entweder ganz aufgeben oder völlig umgestalten müsse, wenn man ungenaue Resultate wie bisher vermeiden wolle. Es lasse sich ein sicheres Resultat nur dann erreichen, wenn jedem der Waaren-Exporte die, unter Strafe gestellte, Verpflichtung auferlegt werde, seine Waaren nach Menge und Werth zu declariren. Der Einwand, daß dies eine große Belästigung für den Handelsstand wäre, sei hinfällig. In England bestehet diese handelspolitische Maßnahme von jeher und in den Hansestädten, diesen Emporen des deutschen Handels, namentlich in Bremen, habe sie stets Geltung gehabt. Nach dieser Richtung hin wird man sich bemühen, den durch den Handelsstand selbst gerügten Mängeln wirksam entgegen zu arbeiten.

Hannover, 28. Sept. [Agrarischer Antrag.] v. Lentke, der Führer der hiesigen Agrarier, wünschte den Landtag zu bewegen,

dass er sich für eine gerechtere, der preußischen Verfassungsurkunde entsprechende Steuer-Gesetzgebung verwenden. Sein zu dem Ende gestellter Urtheil wurde eingehend beraten; nach Besprechungen, welche die Vertreter der Städte und Landgemeinden unter sich gehabt haben, hat der Antrag keine Aussicht auf Genehmigung von Seiten der Stände. (Derselbe wurde inzwischen abgelehnt.)

* Bremen, 28. Sept. [Siebzehnter Congres deutscher Volkswirthe. III.] Der in meinem zweiten Berichte angeführte Dr. Philipson ist nicht aus Düsseldorf, sondern aus Berlin. — Unter den Anwesenden bemerkte ich auch heute noch den Geh. Commerzienrath, Herrn Stephan, und den Abg. Herrn Lütje (Berlin). — Heute referierte zunächst Herr Schriftsteller v. Studniz (London) über: „die gesetzliche Regelung des Feingehaltes von Gold- und Silberwaaren.“ Der Referent provozierte folgende Resolution: „Gesetzliche Vorschriften über den Feingehalt von Gold- und Silberwaaren schützen das Publikum nicht vor Betrug und hemmen — auch in ihren mildesten Formen — die Fabrikation; sie sind daher verwerthlich.“ Diese Resolution wurde jedoch abgelehnt, dagegen folgende, von den Herren Dr. Vogel (Kirbach (Blauen)) und Dr. Gentel (Leipzig) acceptirt: „Eine gesetzliche Regelung des Feingehaltes von Gold- und Silberwaaren ist nur in der Beschäftigung auf die Vorschrift zur Bezeichnung dieser Waren mit dem Namen oder der Marke des Verfertigers oder Verkäufers und mit dem Feingehalt zulässig.“ — Auf Antrag des Freiherrn Dr. Max v. Kübed (Wien), wurde sonach resolut: „1) die Betriebslosen der Eisenbahnen hängen wesentlich von dem Verhältnisse ab, in welchem die bauliche Anlage der Leitern, zum Terrain einerseits, und zu den Anforderungen des Verkehrs auf denselben, andererseits steht. Es wird daher bei jeder Bahnanlage auf folgendes Rücksicht zu nehmen sein: a. auf die Bedeutung und den klar erkannten Zweck der Bahn unter Zugrundelegung einer verlässlichen Statistik der durch dieselbe zu belebenden Betriebslemente; b. auf die richtige Wahl der Trasse innerhalb des, mittels der Eisenbahn zu durchziehenden Gebietes, wobei an dem Grundsache festzuhalten wäre, daß die in der natürlichen Richtung der Bahn gelegenen Städte und größeren Ortschaften möglichst direkt berührt werden, da die Entwicklung städtischer Ansiedlungen wesentlich vom Localverkehr abhängt und dieser Letztere weit gezieltere Schwankungen ausgesetzt ist, als der große Durchgangsverkehr, daher durch Steigerung der Betriebs-Einnahmen eine stetig wachsende Verdunstung des Anlage-Kapitals ermöglicht. II. Das Verhältniß der Bahn-Anlage zu den Anforderungen des Verkehrs wird durch ihren Rang bestimmt. Dieser richtet sich nach dem, sowohl zwischen dem Anfangs- und Endpunkte der Bahn, als auch zwischen deren eingeladen Stationen schon vorhandenen oder noch zu erwartenden Verkehre, weshalb die Bahnanlage bezüglich ihrer Leistungsfähigkeit diesem Range anzupassen sein wird. Zur wirtschaftlichen Ausnutzung einer Bahn, d. i. zur entsprechenden Verzinsung des angemessenen Anlage-Kapitals ist auf die möglichst Herabminderung der regelmäßigen Betriebslosen hinzuwirken; dieselbe hängt — unter der Verzugszeit des Vorhandenseins ausreichender Transportverkehrs — unmittelbar von dem Überwiegen der zahlenden (bewegten) gegen die tote Last, mittelbar von der Construction des Bahnkörpers, sowie von den zu überwindenden technischen Schwierigkeiten ab. Es ist daher den Gegebenheiten und Regierungen bei Feststellung der Trasse und Einrichtung neu zu erbaender Eisenbahnen angelegenstlich zu empfehlen, das Anlage-Kapital nach den pro Kilometer zu erwartenden Betriebs-Ergebnissen und speziell nach der, die Betriebslosen belastenden Erhaltung und Sicherung des Bahnkörpers zu veranschlagen. Eine, unter allen Umständen auftretende allgemeine Formel für die Kosten-Berechnung zu finden, liegt nicht in der Aufgabe des Congresses, da sich derselbe wesentlich nur auf die Bezeichnung der Grundsache beschränkt kann, welche er in dieser Frage für maßgebend hält. Den Gesetzgebungen und Regierungen mutet es anheimgestellt bleiben, von Fall zu Fall in der angegebenen Richtung technische und mathematische Fachmänner zu Rate zu ziehen? — Herr Regierungsrath Professor Dr. Böhmer (Dresden) referierte hierauf über: „den Anlauf der deutschen Eisenbahnen durch das Reich.“ Die immer größeren werdenden Ansprüche des Publikums an das öffentliche Verkehrs-wesen einerseits und der Aktienchwindsel, der sich in der sogenannten Gründerperiode auch in ziemlich bedeutender Weise auf das Gebiet der Eisenbahnen verpflanzt habe, andererseits, habe vornehmlich die zu behandelnde Frage in den Vordergrund gedrängt. Die Unification so vieler Institutionen in dem neu erstandenen deutschen Reiche habe ebensoff nicht unweentlich zur Anregung dieser Frage beigetragen. Er (Nedner) halte das System der Reichs-Eisenbahnen aus vielen Gründen für höchst unpraktisch und durchaus unausführbar. Das Eisenbahnwesen sei keineswegs mit dem Post- und Telegraphenwesen zu vergleichen. Ein Telegramm, Brief oder Paket zu befördern, sei wesentlich etwas Anderes als ein Weltverkehr von Gütern und Personen. Die Eisenbahn müsse mit aller Welt concurrieren können; sie bedürfe unaufhörlich neuer Anregungen im Betriebe, wolle sie den Anforderungen der fortschreitenden Zeit entsprechen. Ein mechanisches Staats-Beamtenthum sei doch zur Verwaltung einer solchen Institution absolut nicht geeignet. England und Frankreich warten blos auf den Versuch, den man in Deutschland mit dem Reichs-Eisenbahn-Projekt anstellen wolle, weil man daselbst die dadurch entstehenden immensen Kosten und Unaufführbarkeit voraussehe. Er (Nedner), stehe nicht auf dem Boden des „Laissez faire, laissez passer“. Möge der Staat eine umfassende Eisenbahn-Gesetzgebung erlassen, die Tarife regeln u. s. w.; dies Recht stehe dem Staaate wohl zu; aber in einer Zeit, wo man sich in Deutschland noch in den Eisenbahn-Bauperiode befindet, möge man es nur vorläufig bei dem gemischten Systeme der Privat- und Staatsbahnen bewenden lassen (Beispiel). — Herr Professor Dr. Adolf Wagner (Berlin): Die Frage müsse nicht lauten: Staats- oder Privat-, sondern Staats- oder Actien-Gesellschaftsbahnen (Rufe: Sehr richtig!). Die gegenwärtigen Privatbahnen werden durchaus nicht von den Eigentümern selbstständig, sondern ebenso wie bei den Staatsbahnen von uninteressirten bezahlten Beamten administriert. Hierzu komme nun noch, daß bei diesen Bahnen der Staat nicht befugt sei, irgend eine Kontrolle zu üben. Die gegenwärtigen neuen Bahn-anlagen entstehen nicht dem Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs, sondern der Spekulation der Börse. Daß das Privatkapital sich bei Staatsbahnen nicht beteiligen könne, vermöge er (Nedner) nicht einzusehen; im Gegenteil ist das Privatkapital sehr mit viel größerem Vertrauen bei Staatsbahnen betheiligt. Daß der Staat billiger administriren könne, als Private, sei klar, da bei den Staatsbahnen viele, doch dortige Verwaltungsstellen überflüssig werden würden. Die Omnipotenz des Staates, wo nach Gesetzen regiert werde, sei ihm (Nedner) lieber, als die unumstrittene Herrschaft einer Privat-Aktien-Gesellschaft. Die bedeutendsten National-Deponenten seien der übereinstimmenden Ansicht: die öffentlichen Verkehrsstrassen gehören der Gemeinschaft und müssen auch von dieser verwaltet werden. Er (Nedner) wolle nicht: der Staat solle alle Bahnen, sondern nur alle Hauptbahnenlinien nach und nach erwerben. Man brauche gar nicht den Weg der Expropriation, den er (Nedner) durchaus nicht für bedenklich halte, zu betreten; auf dem Wege der freien Vereinbarung würde sich dies Projekt ebenfalls sehr gut realisieren lassen. Der Überdruck, den der Staat durch die Eisenbahnen erzielen würde, könnte die Steuerzahler zu Gute kommen. Nur zufällige geschichtliche Ursachen, besonders politischer und finanzieller Art, haben den Bau und die Verwaltung der Eisenbahnen aus den Händen des Staates genommen und nicht ohne viele bedenkliche Folgen der Speculation und der Industrie übergehen. Er empfiehlt daher die Annahme folgender Resolution: „Der volkswirtschaftliche Congres erklärt: 1) Der Plan des Ankaufs der deutschen Bahnen durch das Deutsche Reich ist als eine prinzipiell wichtige Maßregel der Eisenbahnpolitik überhaupt anzusehen, weil dadurch das Staatsbahnen-System als das notwendig anerkannt wird. 2) Er ist zugleich das beste Mittel zur Durchführung der Bestimmungen der Reichs-Verfassung über das Eisenbahnwesen. 3) Die Übertragung der preußischen Staatsbahnen an das Reich erscheint als ein erster richtiger und wichtiger Schritt zur Verwirklichung dieses Planes.“ — Herr Professor Dr. Nasse (Bonn): Er könne seinem Vorredner nicht bestimmen. Wer den Verhandlungen über den Ankauf der preußischen Bahnen durch den Staat beigemessen und die auseinandergehenden Meinungen der Regierungs-Vertreter über die Verwal-

tung von Eisenbahnen gehört, der werde Bedenken gegenüber dem Reichs-Eisenbahn-Projekte gewiß nicht zu unterdrücken vermögen. Wer könne außerdem die Rentabilität der Reichs-Eisenbahnen garantiren. Die Nordbahn, Pommersche Centralbahn u. s. w. seien wohl geeignet, als Schutzgegenstalt hierfür zu dienen. Wenn eine Privat-Aktien-Gesellschaft Ausfälle habe, dann tragen die spekulierenden Actionäre den Verlust, wenn aber der Staat Ausfälle habe, dann tragen den Verlust die Steuerzahler und viele solcher Steuerzahler, die vielleicht fast gar keinen direkten Vortheil von dem Eisenbahnwesen haben. Gerade die süddeutschen Staatsbahnen und der preußische Finanzminister seien 1874 mit der Erhöhung der Eisenbahn tarife vorangegangen, und den Staatsbahnen gegenüber seien die Klagen über schlechten und langsamen Gütertransport gerade am lautesten. Auf den preußischen Staatsbahnen gelte trotz ihrer einheitlichen Entwicklung noch immer kein einheitlicher Tarif. Er (Nedner) sei keineswegs prinzipieller Gegner der Reichs-Eisenbahnen, vorläufig halte er aber den Zeitpunkt zur Verwirklichung eines solchen Projektes für vollständig ungeeignet. Eine langsame Vollziehung des Projektes, wie es Herr Professor Dr. Wagner empfohlen, würden unsere gegenwärtigen frischen Finanz-Verhältnisse kaum vertragen. Aber noch mehr: Die Realisierung des Reichs-Eisenbahn-Projektes würde geradezu zur politischen Corruption führen (Rufe: Sehr wahr, sehr richtig!) Das Eisenbahnwesen greife in alle wirtschaftlichen Verhältnisse so tief ein, daß es nicht ausbleiben könnte, daß die Wähler die Stellung des Abgeordneten Eisenbahnwesen in den Vordergrund stellen werden. Es werde alsdann nicht nach politischen Gründsätzen, sondern nach wirtschaftlichen Interessen zum Parlamente gewählt werden. Von einer Controle könne bei Reichs-Eisenbahnen keine Rede mehr sein. Da ein Parlament diese Controle nicht zu üben vermöge, werde wohl allgemein einleuchten (Lebhafter Beifall). — Professor Dr. Diezel (Marburg) äußerte sich fast vollständig im Sinne des Professor Dr. Wagner: Die Ausdehnung des Staatsbahnenwesens habe sich zunächst und hauptsächlich auf die großen und durchgehenden Linien zu erstrecken, während die kleinen und localen Bahnen den Selbstverwaltungsorganen der Provinzen, Kreise und Gemeinden und der Privat-Industrie, jedoch unter möglichster staatlicher Förderung zu überlassen seien. — Herr Dr. Eras (Breslau) erklärte sich aus ähnlichen Gründen wie Herr Professor Nasse gegen die Resolution von Wagner. Auch Herr Regierungsrath Schid (Berlin) erklärte sich gegen das Reichs-Eisenbahn-Projekt. Er (Nedner) bezweifte durchaus, daß das Reich auf die Dauer die Mittel zur Erhaltung und Errichtung der erforderlichen Eisenbahnen haben werde. — Herr Geheimer Commerzienrath Stephan (Berlin): Er müsse sich gegen alle gestellten Anträge wenden, da er die vorliegende Frage noch nicht für spruchfrei halte; ja er sei der Überzeugung: die Regierung selbst sei sich über diese Frage noch nicht klar. Ein französischer National-Deponent habe ihm (Nedner) einmal gesagt: Frankreich habe gar nichts dagegen, wenn Deutschland den Verluß der Ausführung des Reichs-Eisenbahn-Projektes machen würde. Deutschland würde alsdann ebenso viele Staatschulden haben als Frankreich und es werde sich dann zeigen, in einem zukünftigen Kriege den Sieg davon tragen werde. Sei denn die Verwaltung der Staatsbahnen eine untadelhafte? Habe man bei diesen nicht gerade einen sehr schwierigen, schablonenhaften bürokratischen Verwaltungsräder zu begegnen. Es sei doch auch zu erwägen, daß ein Minister das alsdann große Eisenbahnbeamten-Heer in politischer Beziehung beeinflussen könnte. Die großen Unzuträglichkeiten, die all' den Industrien, die mit den Eisenbahnen zu thun haben, entstehen würden, dürften voraus zu sehen sein. Gegen Nebelstände auf Privatbahnen könne man sich an den Staat beschwerde führend wenden. Beschwerden über Staatsbeamte zu führen, sei aber erfahrungsgemäß sehr schwierig. (Lebhafter Beifall). In ganz ähnlicher Weise äußerte sich Herr Fabrikant Funke (Hagen): Handelskammer-Consulent. Herr Dr. jur. Embden (Hamburg): Unzuträglichkeiten zwischen dem Publikum und den Bahnvermietungen werde es sowohl auf Staats- als auf Privatbahnen immer geben. Dagegen gebe es keine Medicamenta. Diese gar nichts beweisen Bedenken seien doch aber nicht gegen ein so großes, erhabenes Project geltend zu machen. Man müsse sich eben zur Thatraft erheben. Der letzte deutsch-französische Krieg habe am treffendsten bewiesen, was eine feiste Enigung zu leisten vermöge. (Beifall). — Endlich wurden unter Ablehnung all' der vielen gestellten Anträge für und gegen das Reichs-Eisenbahn-Projekt folgende Sätze aus den von Herrn Regierungsrath Professor Dr. Böhmer (Dresden) gestellten Resolution accepirt: „1) Der volkswirtschaftliche Congres hält eine rasche Befreiung der Mängel des deutschen Eisenbahnwesens, insbesondere der Unzuträglichkeit und Verzerrtheit der Tarife für dringend geboten. 2) Der Congres hält die bisherigen Verluße, das Eisenbahnwesen gefüglich zu regulieren, nicht für derartig erschöpfend, daß eine gesetzliche Regelung nunmehr überhaupt als unmöglich zu erachten sei.“ — Hierauf wurden die Herren Justiz-Rath Dr. Carl Braun (Berlin), Regierungsrath Professor Dr. Böhmer (Dresden), Handelskammer-Sekretär Dr. Gentel (Leipzig), Freiherr Dr. Max v. Kübed (Wien), Redakteur A. Lammers (Bremen), Abg. Kaufmann Möller (Bremen), Fabrikbeiziger Abg. Seiffert (Crefeld), Fabrikbeiziger Dr. Max Weigert (Berlin) und Redakteur Dr. O. Wolff (Stettin) mit dem Rechte der Cooptation in die ständige Deputation gewählt. — Der Vorsitzende teilte alsdann mit: Die bisher beständige ständige Deputation des volkswirtschaftlichen Congresses habe beschlossen: das nächste Jahr keinen Congres einzuberufen, sondern einer bereits von dem „Verein für Social-Politik“ beschlossenen Einladung an den volkswirtschaftlichen Congres auf den nächsten Jahressammlung Anno 1877 in Eisenach Folge zu leisten. Mit einem Danke an den Staat und die Stadt Bremen schloß nummehr (gegen 6 Uhr Abends) der Vorsitzende, Herr Justizrath Dr. Carl Braun (Berlin), den 17. Congres deutscher Volkswirthe.

Magdeburg, 28. September. [Der Beschuß der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung.] dem Ober-Bürgermeister Hasselbach für seine Verdienste um die Stadt ein sehr wertvolles Grundstück zum Geschenk anzubieten, ist von der königlichen Regierung nicht genehmigt worden, hauptsächlich wohl in Folge des Protestes, welchen ca. 4000 Bürger gegen den betreffenden Beschuß eingereicht haben.

Darmstadt, 28. Septbr. [Zum Reichseisenbahny-project.] Einer der ersten und wichtigsten Verhandlungsgegenstände, welche die zweite Kammer bei ihrem wohl in der zweiten Hälfte des kommenden Monats erfolgenden Wiederzusammentritt zu erledigen haben wird, ist die Stellung unseres Landes zur Reichseisenbahnfrage. Abg. v. Rabenau hat nämlich folgenden Antrag eingereicht:

„Die Kammer wolle beschließen, Gr. Staatsregierung aufzufordern, die auf wirkliche Durchführung des Titel VII. der Reichsverfassung gerichteten Bestrebungen des Reichsanzlers im Bundesrat kräftig unterstützen zu lassen, mag diese Durchführung durch Herstellung eines einheitlichen Reichseisenbahnwesens oder durch Combination herbeigeführt werden.“

Der vierte Ausschuß hat hierüber berichtet und der Referent Abg. Hirschhorn einen sehr umfangreichen, mehrere Druckbogen umfassenden Bericht erstattet, welcher sich in der Presse befindet. Der Ausschuß beantragt, die Kammer wolle anstatt des vorstehenden Antrags des Abgeordneten v. Rabenau beschließen, die Regierung zu ersuchen:

„1) Den Erwerb der preußischen Bahnen u. s. w. durch das Reich, nach Inhalt des preußischen Gesetzes vom 24. März I. J., bei Vorlage dieser Proposition im Bundesrat zu unterstellen; 2) den Gedanken des Erwerbes der deutschen Eisenbahnen, resp. doch desjenigen Theiles derselben, für welchen sich die Reichsregierung demnächst zum Ankauf entschließen wird, bei jeder sich darbietenden geeigneten Gelegenheit, insbesondere bei Vorlage desfallsiger Anträge an den Bundesrat, nach Kräften zu fordern; 3) im Falle der Annahme der demnächstigen Vorlage über den Erwerb

in Verhandlung zu treten und den Ständen seiner Zeit wegen Genehmigung der so anzubauenden Verküferung Vorlage zu machen."

Die Ausschusse werden, wie verlautet, der lebhaftesten Opposition der demokratischen und clericalen Kammerfraktionen begegnen.

Stuttgart, 28. Sept. [Erläß.] Der Staats-Anzeiger für Württemberg veröffentlicht nachstehenden allerhöchsten Erläß:

Mein lieber Ober-Bürgermeister Dr. von Hac! Der so überaus herzliche Empfang, welchen Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser bei Höchstdeßem Besuch an meinem Hofe von Seiten der Stadt Stuttgart bereitet worden ist, die Art und Weise, wie die Einwohnerchaft meinem erhabenen Gaste während seines hiesigen Aufenthalts ihre Verehrung und Zuneigung beäußert hat und die Beweise treuer Anhänglichkeit und Ergebenheit, welche während dieser Tage meiner Gemahlin, der Königin, und mir zu Theil geworden sind, haben meinem Herzen aufrichtig wohl gethan und mich mit inniger Freude erfüllt. Es drängt mich, diesen Gefühlen Ausdruck zu geben, und ich beauftrage Sie, den Einwohnern hiesiger Stadt für die von ihnen fundgegebenen Gefühle und das von ihnen beobachtete loyale Verhalten meinen gnädigsten Dank auszusprechen. Insbesondere gilt dieser Dank Ihnen, sowie den Mitgliedern der bürgerlichen Collegien und des Festeicomites, deren hingebende Bemühungen so viel zum Erfolge dieser schönen Tage beigetragen haben. Mit der Verküferung meines Wohlwollens verbleibe ich, mein lieber Ober-Bürgermeister Dr. v. Hac!, Ihr gnädiger König Karl.

Karlsruhe, 26. Sept. [Verfügung.] Anfang October wird in Brombach an der Tauber die Vermählung des Herzogs von Bard, Neffe des Grafen von Chambord, mit der Tochter Dom Miguel's stattfinden. Man erwartet, daß mehrere französische, spanische und italienische Glieder der Familie Bourbon anwesend sein werden. Der Pariser „Bien Public“ erzählt, man habe sich in politischen Kreisen angeleghlt mit der Frage beschäftigt, ob auch die orleanistischen Prinzen anwohnen würden und versichert, zwei Mitglieder der Familie Orleans hätten eine Einladung abgelehnt.

4 Straßburg, 28. Septbr. [Nachträgliches aus Weissenburg.] Mit der gestern Nachmittag 2 Uhr erfolgten Abreise des Kaisers, seiner fürstlichen und prinzlichen Umgebung und seines glänzenden Gefolges, in dem sich die Träger so vieler siegberühmter Namen befanden, haben die Weissenburger Kaiserstage ihren Abschluß gefunden. Sehen wir von der militärischen Bedeutung der in der Nähe Weissenburgs am 25. und 26. vorgenommenen Cavallerie-Uebungen ab, lassen wir selbst den gewaltigen Eindruck unbeachtet, den der Glanz und die Tüchtigkeit deutscher Heeresmacht unverkennbar auf die vielen Tausende der erschienenen elsässischen, pfälzischen und badischen Zuschauer gemacht haben, so verbleibt diesem ersten Besuch des Kaisers in dem erst vor 6 Jahren für Deutschland wiedergewonnenen Lande eine hohe politische Bedeutung. Dieselbe beruht in der Thatzache, die sich bei den Besuchern der elsässischen Ortschaften Ober-Seebach, Schleithal, Sulz unter Walb, Wörth und Fröschweiler durch den Kaiser, den Kronprinzen und das übrige Gefolge unverkennbar herausgestellt hat, daß zwischen der nordelsässischen Landbevölkerung in ihrer großen Mehrheit und dem deutschen Kaiserhause bereits ein Verhältniß besteht, wie es durch die geschichtlichen Ueberlieferungen, die Gemeinsamkeit der Sprache und Nationalität, die Interessen des Landes zwar geboten und erklärt wird, wie man es aber im Elsass bei der Gewöhnung der Bevölkerer, nur auf die verwaltungskreise der städtischen Intelligenz zu blicken, nicht erwartet hatte. Die in dieser Beziehung gemachten günstigen Erfahrungen haben auf den Kaiser, wie man hört und wie auch ersichtlich war, den angenehmsten Eindruck gemacht und andererseits hat er auch durch sein leutseliges, volksfreundliches Wesen alle entzückt, die in den verflossenen vier Tagen in seine Nähe zu gelangen oder gar mit ihm zu sprechen so glücklich gewesen sind. Wir denken, in die Herzen der nord-elsässischen Landbevölkerung ist durch den Weissenburger Kaiserbesuch eine gute Saat ausgesprengt worden, die einen günstigen Boden gefunden hat; es wird nicht an Gelegenheiten fehlen, die uns zeigen werden, ob die Saat herrlich ausgegangen ist, oder ob das Unkraut, das gewisse Hände auszustreuen nicht ablassen werden, sie wieder überwuchert hat. Wir können nicht alle die Orationen aufzählen, die dem Kaiser in den von ihm besuchten elsässischen Ortschaften aus der Mitte der eingeborenen Bevölkerung heraus bereitstehen sind, aber wenn wir auf die festliche, aus freien Stücken vorgenommene Ausschmückung aller der Dörfer und Städtchen, die der Kaiser auf seinen Ausflügen in die Umgegend Weissenburgs und bei dem Besuch des Schlachtfeldes von Wörth aufmerkte, hinweisen, wenn wir an das zahlreiche Erscheinen der berittenen jungen Bauern zum Ehrengeleit des kaiserlichen Wagens, der jungen Mädchen in der sonntäglichen Landestracht mit ihren Blumensträußen und Willkommensprüchen erinnern, wenn wir anführen, daß z. B. die sämtlichen ländlichen Bürgermeister des Kreises Hagenau, angethan mit der schwarzweißrothen Dienstschärpe, sich auf den Antrag eines der Thrigen in Fröschweiler zur Begrüßung des Kaisers einstellten hatten, so wird man sich mit uns der freudigen Ueberzeugung hingeben, daß die Verwaltung gottlob! nicht tief in den nordelsässischen Bauernstand eingedrungen ist, oder, daß er sie wie einen Tropfen falschen Blutes wieder aus seinem Leibe ausgeschieden hat. — Daß der Kaiser nach dem ihm im Elsass gewordenen Empfange, für den soeben eine warme kaiserliche Danksagung veröffentlicht wird, lebhafter als je den Gedanken hegt, auch andere Theile des Landes, insbesondere seine Hauptstadt Straßburg, zu besuchen, ist erklärt. Der Kaiser selbst hat diesem seinem Wunsche Ausdruck gegeben, indem er bei der fuldvollen Verabschiedung des Vorstandes und des Dirigenten des Straßburger Männergesangvereins, die er nach der Serenade am Abende des 25. empfangen hatte, die Hoffnung „eines Wiedersehens im nächsten Jahre in Straßburg“ aussprach.

Ö ster r e i ch.

**** Wien**, 28. Sept. [Das Handschreiben des Czaren.] Wäre nicht die Erklärung, die Kaiser Wilhelm im Weissenburg abgegeben, so würde, wenigstens hier in Wien, Niemand mehr an dem unmittelbar bevorstehenden Ausbrüche des Krieges zweifeln. Bedeuerlich ist es dabei nur, daß dem Friedens-Regenbogen, den der Deutsche Kaiser hat erglänzen lassen, doch zur Stunde noch jede offizielle Signatur fehlt. So müssen denn wir armen uneingeweihten Menschenkinder, die wir blos einen gewöhnlichen „beschränkten Unterthanenverstand“ besitzen, uns schon an das halten, was sich vor unseren Augen abspielt; und das ist, weiß der Himmel, sturwahr wenig erbaulich! Der Krieg an der Morava hat also wieder begonnen: und wenn unsere Offiziere naiv genug meinen, darin läge keine Gefahr, weil Türken und Serben, nachdem sie sich allenfalls selbst in einem Winterfeldzuge bis zum nächsten Frühjahr verblüten, dann erst recht weiches Wadis in den Händen der Diplomatie und vernünftigen Rathschlägen zugänglich sein würden — so kann man doch eben nur fragen, ob sie denn im Ernst glauben, daß eine Intervention Russlands bis dahin hintangehalten werden könne? Weder die dem deutschen Kaiser zugeschriebene Ueberzeugung, daß die Sicherung des Friedens eine „schwere Arbeit“ gewesen, weil der Czar daheim ganz isolirt dastehet, noch die Ereignisse, die wir vor unseren Augen sich abspielen sahen, deuten darauf hin, als sei nur die geringste Aussicht vorhanden, daß Russland den Raufern hinten weit in der Türkei noch ein halbes Jahr Gewehr bei Fuß zuschauen könnte und wolle. Seit dem Wiederausbrüche des Krieges und seit der Aceptirung der Königs-Proklamation in Belgrad beginnt die orientalische Frage für Österreich in das Stadium der Entscheidung zu treten, wo Graf Andrássy sich entschließen muß, zwischen der Freunde-

schaft Russlands oder der energischen Vertretung jener Interessen zu wählen, die er selbst zu wiederholten Malen als Vital für unsere Monarchie bezeichnet hat. Die Bedenklichkeit dieser Alternative spricht sich jetzt auch klar in der Haltung der Offiziere aus. Nachdem sie die Serben stets auf jede Weise cajolirt, geht ihnen plötzlich eine Offenbarung darüber auf, daß die Türken, ebenso wie die „russischen Connéctables“ die letzten Sympathien der civilisierten Welt verscherzt haben. Also auch zu der Erkenntnis kommen sie allmälig, daß, was „Serbien“ geschrieben wird, „Russland“ ausgesprochen werden muß. In dieser fatalen Constellation bildet nun die Sendung des General-Adjutanten Grafen Sumaroff mit einem Handschreiben des Kaisers Alexander an Kaiser Franz Joseph, den Markstein. So viel man hört, spricht in diesem Autograph der Czar seine Friedensliebe, seinen Wunsch, mit Österreich zusammenzugehen und seinen Entschluß, den Reichstädter Abmachungen getreu zu bleiben, allerdings aus; nicht minder scharf aber betont er, daß ihm, bei der Isolierung inmitten seines Volkes bezüglich seiner Friedens-Bestrebungen, dies Alles nur möglich sei, wenn Österreich einwillige, statt der „administrativen“ eine vollständige politische Autonomie für die insurgirten Provinzen und für Bulgarien zu fordern. Andererseits erklärt das Handschreiben sich aber auch entschieden gegen die serbische Königsmacherei. Sumaroff, der von hier nach Belgrad abgereist ist, habe in dieser Richtung auch einen Brief des Czaren an Milan zu überbringen, der darin peremptorisch aufgefordert werde, mit dem Königs-Spectakel ein Ende zu machen. Eben deshalb mag auch wohl zu dieser Sendung derselbe Generaladjutant ausserien sein, der im October die Glückwünsche des russischen Kaisers zur Vermählung Milans mit Matolin Ketschka nach Belgrad überbrachte. Ist denn aber Milan auch nur noch in der Lage, oder ist Tschernajeff der Wille zuzutrauen, der Weisung des Czaren zu folgen? Läßt das Pronunciamiento von Alexincac sich überhaupt noch rückgängig machen? Oder würde nicht vielmehr jeder Versuch dazu blos neue Verwickelungen heraufzubeschwören vermögen? Wird und kann andererseits Russland ein zwangswise Einschreiten gegen die serbischen Königsmacher zugeben, während sich diese an der Morava mit den Türken herum schlagen? Nun hat Andrássy allerdings in Belgrad lateinisch erklären lassen, daß Österreich ein Königreich Serbien „nicht dulde“ — was mutet aber Russland uns jetzt zu? Um seine sehr prekäre Unterstützung gegen die Königsmacher zu erkaufen, soll Graf Andrássy einwilligen, die conditio sine qua non für seinen Beitritt zu den englischen Friedens-Propositionen zurückzuziehen: daß die „Autonomie“ der Herzegovina, Bosniens und Bulgariens lediglich eine rein locale, communale, administrative im Sinne der December-Reform-Note sein dürfe!

F r a n k r e i c h .

○ Paris, 27. Septbr. Abends. [Tagesbericht.] Mac Mahon ist heute von Lafont zurückgekehrt. D'Audiffret-Pasquier wird nicht, wie es hieß, durch Gesundheitsrücksichten verhindert, nach Brüssel zum Congress zu gehen; er geht nicht dorthin, weil die Präsidenten der Delegationen anderer Länder, wie der Prinz von Wales und der Graf von Flandern ebenfalls nicht erscheinen. — Das „Echo“ schreibt: Der Maréchal-Präsident hat im Allgemeinen einen befriedigenden Eindruck auf seiner militärischen Kundschaft gewonnen. Über einzelne Zwischenfälle bei den Manövern des 8. Corps hat er sich jedoch unzufrieden geäußert. Vor allem erregte die Intendantur, welche sich zu wiederholten Malen ihrer Verpflichtungen unzählig entledigte, das Missfallen des Maréchalls. Die Regierung durfte sich daher bewegen füßen, beim Zusammentritt der Kammern die Discussion über das Militär-Verwaltungs-Gesetz, dessen Berichterstatter de Freycinet ist, zu beschleunigen. — Wie es heißt, hat der General Chanzy beim Justizminister die Verfolgung des „Pays“ wegen Veröffentlichung falscher Alarmgerüchte über die Stimmung unter den Araberstämmen in Algerien beantragt. Vermuthlich wird die Regierung sich jedoch mit dem Communiqué begnügen, welches dem „Pays“ zugegangen ist und worin jene Gerüchte durchaus dementiert werden. — Ein Comité von „revolutionären und socialistischen“ Studenten fordert die Mitglieder der Universität auf, sich an der Subscription zu beteiligen, welche zur Besteitung der Reisefosten für die Theilnehmer am Arbeitercongress erhoben worden ist. — Der Bonapartist Dugué de la Faouconnerie, der ehemalige Redacteur des „Ordre“, erregt heute allgemeines Erstaunen durch eine Rede, worin er Miene macht, sich zur Republik zu befehlern. Bei einem landwirtschaftlichen Feste in der Drôme sagte er unter Anderem, man müsse anerkennen, daß die Republik eine gute Regierungsform sei und daß sie sich um die Vertheidigung aller Interessen bemüht zeige. Hiermit stimmt es, wenn erzählt wird, daß der augenblicklich in Paris weilende Rouher seit einiger Zeit große Niedergeschlagenheit und Hoffnungslosigkeit an den Tag legt.

○ Paris, 28. Sept. [Wahlangelegenheiten.] Ministerielles. — Zur orientalischen Frage. — Ducrot. — Don Carlos. — Von den 6 Deputirtenwahlen, welche am nächsten Sonntag stattfinden werden, kann das Parteien-Verhältniß in der Kammer nicht beeinflußt werden. Die Mehrheit ist dort nicht mehr von der Verschiebung einiger Stimmen abhängig, wie das in der früheren National-Verfammlung der Fall gewesen und noch gegenwärtig im Senat der Fall ist. Es begreift sich also, wenn der bevorstehende Wahltag im größeren Publikum nur mäßige Theilnahme erregt; doch hat diese in sechs verschiedenen und weit von einander entfernten Landestheilen zu vollziehende Kundgebung immerhin ihre Bedeutung. Die Situation, die schwerlich mehr eine Änderung erfahren wird, ist jetzt die folgende. Im Bezirk Embrun (Hautes Alpes), wo es sich um eine Stichwahl handelt, bleiben der Clerico-Legitimist de Prunières und der Republikaner Ferry einander gegenüberstehen. Bei der ersten Abstimmung hatte de Prunières persönlich mehr Stimmen als Ferry, aber Ferry teilte sich in die überwiegende Zahl der republikanischen Stimmen mit einem Herrn Ollier, der jetzt von der Candidatenliste verschwindet. Die Wahrscheinlichkeit ist also für den Erfolg des republikanischen Kandidaten. In Auch (Gers) bekämpfen der Bonapartist Peyrusse und der Republikaner David einander zum vierten Male. Bei der letzten Wahl rechnete man Anfangs eine kleine Majorität für Peyrusse heraus, aber die genauere Stimmenzählung bewies, daß er in der Minderheit geblieben war, daher die Kammer seine Wahl cassierte. Auf diesen Bezirk haben, wie bereits meldet, die Bonapartisten ihre Anstrengungen concentrirt und eine Reihe von Parteiführern ist dort für Peyrusse thätig. Im Bezirk von Senlis (Oise) tritt ein verschämter Imperialist, der Avocat Picard, ein Freund und Mitarbeiter des einstigen Seineyräfector Haussmann, auf. Er wollte Anfangs seine Meinung verleugnen, seine Anhänger haben aber für ihn Farbe bekennen müssen. Nach dem Rücktritt des Intransigenten Bessenoir, der sich einige Wahl-Neckame für künftige Zeiten mache, ist der einzige republikanische Kandidat jetzt ein junger Avocat, Franch. Chauveau. Der Bezirk Cambrai (Nord-Departement) hatte bisher nur einen republikanischen Kandidaten, den reichen Fabrikbesitzer Bertrand-Milliet; in letzter Stunde findet er jedoch einen Concurrenten in der Person eines ehemaligen Richters Lestouquo, der freilich gar keine Aussicht auf Erfolg zu haben scheint. In Saint-Gaudens (Haute-Garonne) bewerben sich von Neuem der von der Kammer invalidirte Iron, ein

Hotelbesitzer von Bagnères de Luchon, bei dessen früherer Candidatur die Unterstützungen für die Ueberschwemmungen der Garonne zu Wahlbestechungs-Zwecken verwandt wurden, ein Reactionär von etwas zweifelhafter Parteihaltung; und von Seiten der Republikaner der Dr. Campan. Wir kommen endlich zum sechsten Bezirk, demjenigen von Toul (Meurthe-et-Moselle), welcher dem vom Blitz erschlagenen Deputirten Claude einen Nachfolger zu geben hat, hier trat zuerst der republikanische Kandidat Petitbien auf und schien keinen Nebenbuhler finden zu sollen, da die Gesinnung der Wählerschaft für den Erfolg eines Reactionären wenig Hoffnung ließ. Die Clericalen haben jedoch einen Verwandten und Namensvetter des früheren Deputirten, A. Claude, zum Auftreten bewogen und sie zählen auf diese Verwandtschaft, um einen Theil der Gegner herüberzu ziehen. Außerdem aber ist gestern eine radicale Candidatur unter dem Patronat Victor Hugo's angekündigt worden. Da Petitbien in seinem Glaubensbekenntniß nicht für die absolute Amnestie eintreten wollte, stellen die Radicale einen Kandidaten Namens Ancelot auf, welcher alle Forderungen der extremen Partei unterschreibt. Wie in den anderen Bezirken, so hat in demjenigen von Toul der Präfect, A. Gigot, den Beamten jede Einmischung in die Wahl-Propaganda untersagt. — Gegen Erwarten wird, wie es heißt, der Minister des Innern auch am heutigen Ministerrathe noch nicht Theil nehmen. Im Conseil soll über das Datum für die Eröffnung der parlamentarischen Session berathen werden; die Mehrzahl der Minister scheint dafür, daß man vor Anfang November die Kammern berufe. Ebenso wird allem Anschein nach die Frage vom Arbeitercongress zur Sprache kommen; die Unterlagung dieses Congresses ist aber nicht zu erwarten. Ferner dürfte der Duc Decazes Bericht über den Stand der diplomatischen Unterhandlungen erstattet. In den offiziösen und politischen Kreisen bleibt man dabei, daß diese Unterhandlungen einen guten Verlauf nehmen, und die von der „Agence Havas“ mitgetheilten Neuigkeiten Kaiser Wilhelms in Stuttgart haben diesen Eindruck bestätigt. Tropfend sind die Blätter voll von heimruhigenden Gerüchten und Commentaren. Die „Débats“ heben hervor, daß die Einigung der Cabinets doch blos auf Worten beruhe und daß sie vielleicht verschwinden werde, wenn man diesen Worten eine bestimmte Deutung geben und sie zu praktischer Anwendung bringen müsse. Für diesen unangenehmen Zustand machen die „Débats“ zum größten Theile die englischen Liberalen verantwortlich, welche die Serben zum Widerstand gegen den Willen Europa's angereizt hätten. Aus Semlin berichtet der Correspondent des eben genannten Blattes, daß er auf die Versicherungen des Belgrader Ministeriums hin fälschlich die Annahme der Waffenstillstandsverlängerung gemeldet habe. Man wisse nicht, warum die auswärtigen Correspondenten von diesem Ministerium absichtlich gefälscht worden. Die serbische Regierung wolle keinen Waffenstillstand unter einem Monat annehmen; tagtäglich gingen neue russische Verstärkungen nach Deligrad ab. — Nach dem heutigen Ministerconseil wird Dufaure sich wieder aufs Land begeben. Der Kriegsminister Berthaut läßt offiziell mittheilen, daß er weder für den Senat noch für die Kammer eine Candidatur annehmen will, um seinen Offizieren das Beispiel der Nicht-Einmischung in die Politik zu geben. — Man vertheilt, daß der General Ducrot nicht zu den Generälen gehört, denen neuerdings das Commando eines Armeecorps übertragen werden soll. — Don Carlos hat nun die Erlaubniß zu vorübergehendem Aufenthalt in Frankreich erhalten. Er wird binnen Kurzem eine Reise nach England und der Schweiz machen.

Provinzial-Beitung.

XIII. Breslau, 30. Sept. [Zum Schluß gegen das Verlorengehen von Waarenproben und Drudsachen auf der Post.] Unter den unanbringlichen Briefpostsendungen, welche von den Bezirks-Postanstalten dem bei jeder Oberpostdirektion eingerichteten Ausschuß zur Eröffnung unbestellbar Postsendungen behufs Ermittlung der Absender zugeführt werden, befinden sich erfahrungsmäßig auch zahlreiche Waarenproben, Muster ohne Werth, Drudsachen u. dgl. Zum Theil mußten diese Gegenstände als unbestellbar vom Bestimmungsorte zugesandt werden, weil daselbst der Empfänger nicht zu ermitteln war, oder die Annahme der Sendung verweigert hatte. Nicht wenige der Waarenproben z. sind aber oft am Bestimmungsorte noch gar nicht gewesen, weil deren Schwere das bestimmungsmäßige Normalgewicht von 250 Gramm überschritten und sie deshalb nach den §§ 1 bezw. 10 der Postordnung vom 18. December 1874 nicht zur Abfertigung gelangen durften. Die Rückgabe derartiger Proben z. an den Auslieferer war nicht zu ermöglichen, weil dieser sich auf der Sendung nicht genannt hatte. Zur Vermeidung derartiger Unannehmlichkeiten möchte es sich empfehlen, wenn, namentlich in kaufmännischen Kreisen, allgemein der Gebrauch angenommen würde, daß auf den der Post zur Beförderung überwiesenen Waarenproben, Drudsachen u. dgl. der Absender seinen Namen und Wohnort angibt.

d. Breslau, 29. Sept. [Schlesischer Central-Verein zum Schluß der Thiere.] Die geistige Vorstands-Sitzung leitete in Vertreibung des königlichen Departements-Thierarzt Dr. Ulrich der stellvertretende Vorsteher, Hauptmann und Rechnungs-Rath Janice. Erlebt wurden zunächst eine Reihe von Fragen, welche auf das am 7. October c. stattfindende 25jährige Stiftungsfest des Vereins Bezug nehmen. Begeißwünfsch-Schreiben zu diesem Feste sind bereits eingegangen von den Herren: Ober-Präsident a. D. von Nordenflycht, Landrat Knebel-Döberitz (Steinmark), Oberlehrer Behnke (Hamburg), vom Münchener Thierchuz-Verein, vom Schweizerischen Centralverein, vom Landrat v. Röder, vom Geh. Ober-Regierungsrath v. Kehler (Berlin), vom Präsidenten des Hamburger Thierchuz-Vereins, Dr. Warburg, und vom Ober-Präsidenten v. Ende (Hessen). — An Stelle des Herrn Müller soll Auctions-Commissarius Hausfelder in den Vorstand einberufen werden. — Dem Pariser Thiersch-Verein soll auf seine Anfrage, ob der hiesige Verein sich damit einverstanden erklären würde, daß der nächste internationale Thiersch-Congress im Jahre 1878 zu Paris abgehalten werde, eine zustimmende Erklärung zugefandt werden. — Die eingegangenen Anzeigen von Thieräquälereien werden der Polizei-Abwaltshof zu weiterer Verfolgung überwiesen und die eingelauften Schrift- und Drucksachen den Mitgliedern zur Berichterstattung übergeben.

d. Breslau, 30. Sept. [Generalversammlung des Droschken-Besitzer-Vereins.] Die gestern Abend im „Russischen Kaiser“ abgehaltene Generalversammlung eröffnete der Vorsitzende, Herr Krieger, mit Verleistung eines Antwortschreibens des königl. Polizei-Präsidiums auf eine Petition des Vereins. Das Schreiben lautet: Der angefochtene § 24 des Droschken-Reglements vom 7. Juni 1872 (betreffend das Trabfahrt unbestellter Droschken innerhalb der Stadt) ist aus der Erwähnung hervorgegangen, daß das sogenannte Häufiren der Droschken innerhalb der Stadt aus Rücksicht des hohen Strafenbelts und im Interesse der weniger gesuchten äußeren Standplätze nicht gebuldet werden kann. Die angefochtene Vorschrift, deren Zweck als richtig anerkannt wird, ist bis jetzt, d. h. 4 Jahre lang — wie von den Deputirten der Antragsteller anerkannt worden, mit großer Weisheit und Nachsicht gehandhabt worden. Nachdem in neuester Zeit das sogenannte Häufiren der Droschken bedenkllich überhand genommen hatte, mußte der § 24 strenger gehandhabt werden, was zu vermehrten Denunciations und zu härteren Strafen geführt hat. Wenn jetzt von den Antragstellern in Aussicht gestellt ist, daß das schädliche Häufiren der Droschken durch eigene Einwirkung der Droschkenbesitzer abgeleitet werden soll, so kann zwar polizeilicherseits auf die beantragte Aufhebung des § 24 nicht eingegangen werden, doch sollen, wie früher, die einschlägigen Verhältnisse mit möglicher Nachsicht und Billigkeit berücksichtigt und namentlich an Sonn- und Festtagen, wo die Straßen leer sind, und überhaupt dann, wenn Verkehrsstörungen im einzelnen Falle nicht zu befürchten sind, auch der Verdacht des Häufirens nicht vorliegt. Denunciations wegen Schriftfahrens vermieden werden. — Auf eine zweite Vorstellung des Vereins beim königlichen Polizei-Präsidium sind die Aufsichtsbeamten angewiesen worden, etwaige Contraventionen der Droschkenführer durch Anträge z. jedesmal sofort zu constatiren. — Im Anschluß hieran ermahnt Redner die Droschkenbesitzer

und Droschkenführer, sich gegen die polizeilichen Beamten nicht renitent zu zeigen. — Der zweite Punkt der Tagesordnung hatte zum Gegenstande die Einführung von Blechmarken für die Passagiere, welche von den Bahnhöfen nach der Stadt fahren wollen. Es haben dieserhalb bereits Verhandlungen zwischen dem hiesigen und dem Berliner Droschen-Besitzer-Verein einerseits, und zwischen dem hiesigen und dem Berliner Polizei-Präsidium andererseits geschwett. Nachdem Redner auf die Vortheile des Marken-Systems sowohl für das Publikum, wie für den Droschenbesitzer ausführsam gemacht hatte, sucht er nachzuweisen, daß die Einführung derselben in Breslau ebenso gut möglich sei wie in Berlin und Dresden. Für die Passagiere würde dadurch ein Aufschlag von nur 10 Pf. erwachsen. Da das Polizei-Präsidium nicht Geneigtheit gezeigt habe, die nötigen Beamten hierfür zu stellen, so habe sich der Vorstand des Vereins dazu erboten, die Controle selbst in die Hand zu nehmen. Ein etwaiger Überschuss soll zu gleichmäßiger Ausstattung der Droschenbesitzer vermand werden. Der Berliner Verein habe übrigens dadurch einen jährlichen Ueberschuss von 4000 Thlr. erzielt. Die Versammlung erläßt sich für Einführung dieses Markensystems, nachdem noch die Herren Hirschmann und Kroll dafür gesprochen hatten. — Der Vorsitzende macht ferner die Mittheilung, daß künftigen Montag der Vorsitzende des Berliner Droschenbesitzer-Vereins in Breslau anwesend sein werde, um gemeinschaftlich mit dem Vorstande des hiesigen Vereins eine Petition an den Reichstag beurtheilt Abänderung der das Fuhrwesen betreffenden §§ 37 und 76 der Gewerbeordnung zu berathen. Vereits früher ist eine derartige Petition an den Reichstag gerichtet worden, welche jedoch nicht die nötige Unterstützung gefunden hat. — Bezuglich der Lohnfrage erläßt Herr Roth, daß anderwärts den Kutscher ein festes Lohn gegeben werde. Da dies hier nicht der Fall sei, würden die Besitzer moralisch und materiell geschädigt, materiell, indem sich die Kutscher auf unregelmäßige Weise schadlos halten, moralisch, weil Elemente unter den Kutscher sind, die besser anderswohin gehörten. Nach längerer Debatte wird über diese Frage zur Tagesordnung übergegangen. — Zum Schluß macht der Vorsitzende die Mittheilung, daß der Herr Polizei-Präsident in Aussicht gestellt habe, den Standplatz an der Altstädtischen und Orlauerstrasse Ende den Droschen 2. Klasse wieder einzuräumen, ebenso den Platz am Victoriahotel an der Schuhbrücke.

Breslau, 30. September. Angelommen: Se. Excellenz Grunwald, Generalleut. u. Pascha, aus Konstantinopel. (Frdbl.)

* [Personalien.] Ernannt: der Flöckmeister Heilsherr in Carlsmarkt zum Förster in Königshuld, Oberförsterei Jeloma. — Angenommen: der landräthliche Bureaumeister Alasdorff aus Beuthen OS. als Regierungs-Civil-Supernumerar. — Angestellt: der frühere Sergeant Kliegel als Strafanstalt-Aufseher zu Ratisbon. — Bestätigt: die Wahlen des pensionirten Gendarmerie-Weichsel in Leobschütz zum Bürgermeister der Stadt Schurzgast und des Seifensiedermeister Krause in Oberglogau zum Rathmann; ferner die Wiederauferstehung der bisherigen Rathmänner Kaufmann Kohur und Kaufmann Roth zu Guttentag.

u [Alarmierung der Feuerwehr.] In einem Keller Rosenthalerstraße Nr. 4 waren vorgestern eisene Spähne zum Brennen gelommen, die Gefahr aber beim Eintreffen der Feuerwehr schon beseitigt. — Gestern Vormittag geriet in einer Neujahrsstraße Nr. 57 belegenen Restaurationstüche eine ziemlich bedeutende Quantität Gänselfett in Brand und kam die Feuerwehr, welche das Feuer durch Ueberschütten mit Sand beseitigte, auf einige Zeit in Thätigkeit.

o Hirschberg, 29. Sept. [Begräbniss-Unterstützung-Verein. — Cudowaer Bade-Capelle.] Das Statut des mit Anfang d. J. hier gegründeten „Vereins zur Unterstützung der Hinterbliebenen bei Todesfällen des Lehrers des Hirschberger Kreises“ hat nunmehr die Anerkennung der königlichen Regierung gefunden, so daß der Verein sich jetzt in der Lage sieht, den vielen Anträgen über die Errichtung derselben durch Ueberzeugung des Statutes binnen Kurzem genügen zu können. — Die unter Leitung des Musik-Directors G. Löwenthal stehende Cudowaer Bade-Capelle gedenkt, falls ihr die Verhältnisse zufügen, den Winter hindurch hier zu verweilen und hat bereits seit vorigem Sonnabend in verschiedenen Concerten ihre vorzüglichen Leistungen befunden.

s Waldenburg, 29. Sept. [Versammlung liberaler Wähler.] Die gestern Abend im Saale des Gasthauses „Zum Schwert“ stattgefundenen Versammlung liberaler Wähler, zu welcher vierzehn Vertrauensmänner der Partei öffentlich eingeladen hatten, war sehr zahlreich besucht. Nachdem Fabrik-Director Brier zum Vorsitzenden und Fabrik-Betriebs-Pohlert sowie Fabrikbesitzer Dr. Websky zu Beisitzern gewählt worden, eröffnete Erster die Versammlung mit einer Ansprache, in welcher derselbe auf die Wahlberechtigung der verschiedenen politischen Parteien hinwies und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die liberale Partei bei den bevorstehenden Wahlen den Sieg davon tragen werde. Dr. Websky erstatte sodann Bericht über die am 13. d. Mts. in Schweidnitz stattgefundenen Zusammenkünfte von liberalen Vertrauensmännern des Wahlkreises Reichenbach-Waldenburg, in welcher der Fabrikbesitzer Julius Kaufmann in Wüstegiersdorf auf eine an ihn gerichtete Anfrage die Erklärung abgegeben, ein Mandat nicht anzunehmen, der Beschuß gefaßt werden war, die bisherigen Abgeordneten, Kreis-Gerichts-Rath Klefsche, Justiz-Rath Braun und Rechtsanwalt Lipke zur Wiederwahl zu empfehlen. Nachdem auch Fabrik-Betriebs-Pohlert und andere Redner diese Candidaturen befürwortet hatten, ergreift Gerichts-Rath Klefsche das Wort, um die Versicherung abzugeben, daß er das ihm früher übertragene Amt nicht leicht genommen, bei feiner Abstimmung gefaßt habe und ganz auf dem Boden des an die liberalen Wähler Schlesiens erlassenen Wahlaufrufes stehe. Diese Erklärungen fanden den vollen Beifall der Versammlung. Vorstand-Vereins-Director Hübner machte darauf aufmerksam, daß ein großer Theil der liberalen Wähler nicht für die Wiederwahl des Rechtsanwalts Lipke gestimmt sei, sondern einen Abgeordneten aus dem Kreise wünsche, worauf Justizrat Studart den Fabrik-Betriebs-Pohlert als Candidaten sehr warm empfahl, der jedoch die entschiedene Erklärung abgab, ein Mandat ablehnen zu müssen. Die Versammlung beschloß nunmehr fast einstimmig, die Abgeordneten Klefsche und Braun wieder zu wählen, in Betracht der Wiederwahl des Abgeordneten Lipke aber sich noch nicht definitiv zu entscheiden. Nachdem in Folge gestellten Antrages noch der Wunsch ausgesprochen worden, die Vertrauensmänner, welche die Versammlung veranlaßt, möchten für die Zukunft als Wahl-Comité die Sache der Liberalen in die Hand nehmen, wurde die Versammlung geschlossen.

o Striegau, 29. Sept. [Jubiläum.] Wie bereits erwähnt, war für heute die amtliche Feier des 50jährigen Amtsjubiläums des Königl. Kreisgerichtsraths Goldstein in Aussicht genommen. Um 12 Uhr versammelten sich die Mitglieder des Richtercollegiums, die Rechtsanwälte und die Subalternbeamten im Sitzungssaale des Königl. Kreisgerichts, um den Jubilar, der von einer Deputation abgeholt worden war, zu beglückwünschen. Kreisgerichts-Director Mantell hielt an den Jubilar eine herzliche Ansprache und überreichte ihm im Namen der Richter und Rechtsanwälte als Jubelgeschenk ein Paar silberne Leuchter, sowie ein höchst geschmackvolles silbernes Schreibzeug mit der Figur der Themis und der poetischen Inschrift: „Von der Themis und ihren Getreuen — verehrter Herr Jubilar! O möchte Ihr Gruß Sie erfreuen, sie bringen Ihnen freudig dar.“ Hieran schloß sich die feierliche Überreichung des Sr. Maj. dem Kaiser verliehenen Roten Adlerordens 4. Klasse mit der Zahl 50, sowie die Übergabe eines ehrenten Anerkennungsschreibes aus dem Justizministerium. Der Geehrte dankte mit bewegten Worten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm vergönnt sein möge, noch lange im Kreise seiner thauen Collegen seine Pflichten auf's Beste zu erfüllen. Morgen wird die Loge ihrem Meister einen Festabend bereiten und ihm ein prächtiges Album mit den Portraits sämlicher Brüder überreichen.

— Ohlau, 29. Sept. [Doppelter Selbstmord durch Ertrinken.] Gestern Abend sahen zwei den Oderdamm entlang gehende Arbeiter in einer Entfernung eine Manns- und eine Frauensperson, welche sich Hand in Hand hielten, von einer Buhne in die Oder stürzen. Heut früh wurden die Leichen Beider mehrere Tausend Schritt von einander entfernt aufgefunden. Der Mann, etwa 50 Jahre alt, mittelgroß, war mit schwarzem Düsselüberzieher, dunklem Rock und schwarzen Hosen; die Frauensperson, etwa 45 Jahre alt, untersetzt, mit brauner Bluschkäppchen, schwarz- und blaujärrigtem halbwollenem Oberrock, neuem, roth- und schwartzgestreiftem Unterrock, gestreiften Pantoffen-Unterhosen bekleidet und mit einem Bruchband versehen. In den Taschen des Mannes wurden zwei Eisenbahnbillets dritter Klasse, von Breslau nach Ohlau pro 28. d. Mts. gültig, vorgefundene, woraus zu schließen, daß beide gestern von Breslau hierher gekommen; dieselben waren schon einige Zeit vor der That auf dem Oderdamm prominent gesehen worden. Die Frauensperson hatte an der Stelle, an der sie ins Wasser gesprungen, ein weißleinenes Tuchentuch, gezeichnet C. W. 5, wie die Arbeiter gaben, abschließend hingelegt.

o Lippe, 28. Sept. [Verschiedenes.] Durch Hüttenarbeiter, welche auf Nachricht gehend, zwei Personen durch das Fenster aus dem Geschäftslöcke des Kaufmanns Popelta steigen sahen, ausserksam gemacht, gelang

es genaninem Kaufmann, in seinen Lehrlingen zwei leichtsinnige Burschen zu entdecken, die sein Vertrauen mißbrauchend, ihm seit geraumer Zeit diverse Waaren entwendet und für deren Erlös ein angenehmes Leben in öffentlichen Localen der Umgegend zur Nachzeit geführt hatten. Während der Untersuchung in hiesigem Amtsgericht infolge ist es dem einen der jugendlichen Verbrecher gelungen, sich durch die Flucht den Folgen seiner Thaten für den Augenblick zu entziehen. Wie stets bei derartigen Fällen, wird auch hier eine bisher unbekahlte Familie, in welcher die jugendlichen Diebe willige Abnehmer der entwendeten Waaren gefunden hatten, compromittiert und in Mitleidenschaft gezogen. — Fr. Buchwald, Lehrer an hies. Hütten-Knappschaffts-Simultanschule, verläßt den 1. Oct. c. nach nur einjähriger Wirkungszeit hierfür zu Stettin, so habe sich der Vorstand des Vereins nötigen Beamten hierfür zu stellen, so habe sich der Vorstand des Vereins dazum erboten, die Controle selbst in die Hand zu nehmen. Ein etwaiger Ueberschuss soll zu gleichmäßiger Ausstattung der Droschenbesitzer vermand werden. Der Berliner Verein habe übrigens dadurch einen jährlichen Ueberschuss von 4000 Thlr. erzielt. Die Versammlung erläßt sich für Einführung dieses Markensystems, nachdem noch die Herren Hirschmann und Kroll dafür gesprochen hatten. — Der Vorsitzende macht ferner die Mittheilung, daß künftigen Montag der Vorsitzende des Berliner Droschenbesitzer-Vereins in Breslau anwesend sein werde, um gemeinschaftlich mit dem Vorstande des hiesigen Vereins eine Petition an den Reichstag beurtheilt Abänderung der das Fuhrwesen betreffenden §§ 37 und 76 der Gewerbeordnung zu berathen. Vereits früher ist eine derartige Petition an den Reichstag gerichtet worden, welche jedoch nicht die nötige Unterstützung gefunden hat. — Bezuglich der Lohnfrage erläßt Herr Roth, daß anderwärts den Kutscher ein festes Lohn gegeben werde. Da dies hier nicht der Fall sei, würden die Besitzer moralisch und materiell geschädigt, materiell, indem sich die Kutscher auf unregelmäßige Weise schadlos halten, moralisch, weil Elemente unter den Kutscher sind, die besser anderswohin gehörten. Nach längerer Debatte wird über diese Frage zur Tagesordnung übergegangen. — Zum Schluß macht der Vorsitzende die Mittheilung, daß der Herr Polizei-Präsident in Aussicht gestellt habe, den Standplatz an der Altstädtischen und Orlauerstrasse Ende den Droschen 2. Klasse wieder einzuräumen, ebenso den Platz am Victoriahotel an der Schuhbrücke.

? Nossen, 29. Septbr. [Gewitter. — Chaussee.] Heut Nachmittag gegen 3 Uhr entlud sich ein aus Südwest kommendes Gewitter über unserem Orie so heftig, wie wir es den ganzen Sommer hindurch nicht gehabt haben. Der Sturm peitschte den strömenden Regen mit solcher Gewalt herab, daß die Herbstblumen in den Gärten entblättert und blüthenleer wurden. Fast eine halbe Stunde tobten Gewitter, Sturm und Regen über unserem Orie, bis sich diese späten, ungebetenen Gäste aus Polen hinüber verzogen. In dieser kurzen Zeit strömten die Straßen hinab förmliche Wasserbäche, und unter Bach war in kurzer Zeit bis an den Rand seiner Ufer ange schwollen. — Die Chaussee zwischen hier und Wilhelminehütte ist seit gestern fertig. Ob sie lange den stolzen Namen Chaussee führen wird, ist unjünger, da bei der sehr bedeutenden Frequenz die Bauart doch wohl eine zu leichte gewesen zu sein scheint.

[Notizen aus der Provinz.] * Gr.-Glogau. Der Nied. Anz. meldet: Die katholische Partei des Glogauer Wahlkreises beobachtigte Herrn Freiherrn v. Kölle auf Köben als Candidaten zur Reichstagswahl aufzustellen. Auf eine deshalb an ihn gerichtete Anfrage antwortet derselbe aus Marienbad, den 26. September: „Unterzeichnet bedauert diesmal, nachdem er von mehreren Kreisen als Candidat für den Reichstag aufgestellt worden ist, kein Mandat seines Nervenleidens wegen, annehmen zu können und dant gleichzeitig für das in ihm gesetzte Vertrauen. Freiherr von Kölle auf Köben.“

+ Katowitz. Die hiesige Ztg. meldet: Ein bedauerlicher Unglücksfall ist dem Güter-Expeditions-Assistenten Herrn Hänsch wiedergefahren. Von einer Geburtsstagsfeier, wo er unter den Freunden mit der Fröhlichkeit war, in seine Wohnung zurückgekehrt, wollte er noch eine Weile zum offenen Fenster hinaussehen und legte sich mit dem Oberkörper auf die Fensterbrüstung. In dieser Stellung war Herr H. wahrscheinlich eingeschlafen und mag derselbe das Gleiche geworden sein. Dann plötzlich stürzte er aus dem Fenster seiner im Tyrolischen Hause gelegenen Wohnung mit dem Kopfe auf das Straßenplaster aus einer Höhe von drei Stockwerken herunter. Die Schmerzenstöße des Verunglückten wurden bald im Hause und in der ganzen Nachbarschaft gehört, worauf demselben so schnell als dies in der ungelegenen Zeit möglich war, die ersten Samariterdienste und auch die nötige ärztliche Hilfe Seiten des Herrn Sanitätsrath Dr. Holze geleistet. Wie wir hören, befindet sich Herr H., welcher in das städtische Lazarett geschafft worden ist, bei voller Belebung, obgleich seine Verletzungen, die sich ausschließlich auf den Kopf erstrecken, sehr bedenklich sind. — Während die Familie des Herrn Cantor Bellini sich zur Feier des Verlobungsfestes in der Synagoge befand, verunglückte das Dienstmädchen derselben durch unvorsichtige Behandlung des Petroleum auf eine schauerhafte Weise. Nachdem es zur Herstellung des Abends im Ofen Feuer gemacht hatte, wollte es eine möglichst intensive Flamme erzielen und goss aus einer 5 Pfund Petroleum enthaltenden Flasche eine Quantität dieses gefährlichen Brennstoffes in das Feuer. Dabei entzündete die Flamme auch das Petroleum in der Flasche, welche sofort explodierte, und das brennende Petroleum überwarf die ganze Kleidung des Dienstmädchen. Die Unglückliche alarmierte durch ihr Hilfesgeschrei die Haushbewohner, diese aber, bestürzt durch den schrecklichen Anblick, mußten sich nicht zu ratthen. In ihrer Verzweiflung tauchte das Dienstmädchen glücklicherweise mit ihrem brennenden Oberkörper in eine Wasserstange, wodurch die Flamme nur teilweise gelöscht wurde. Endlich warf Fräulein Fr. welche zufällig im Hause befunden war, die Brennende zu Boden und erstickte durch darüber geworfene Kleidungsstücke die Flamme gänzlich. Bis jetzt ist uns noch nicht bekannt, inwieweit die Verletzungen gefährdrohend sind, wir wissen nur, daß das ungünstliche Mädchen Brandwunden an Armen und Hals davongetragen und auch seinen Haarwuchs zum Theil eingebüßt hat.

Beuthen OS. Am 29. d. M. wurde Elias mit noch zwei anderen Straflingen unter starker Bedeckung nach Ratisbon abgeführt. Fernere Verurteilte, als Kolajinski und Simon, wurden nach Brieg und Hettwe, Ligajinski und Przybilla nach Striegau befördert. Außerdem sind 5 Corridgenden nach Schweidnitz und 14 Strafgefangene nach Gleiwitz abgeliefert worden.

* [Constdt.] Als die hiesige jüdische Gemeinde am Versöhnungsfeste nach beendigtem Gottesdienst, Abends nach 6 Uhr, die Synagoge verließ, stürzte plötzlich einer der großen massiven Kronleuchter mit grossem Gepolter herab, ohne daß irgend ein weiteres Unglück angerichtet wurde.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 29. Sept. Die heutige Börse trug gegen die leichtvergangenen gewöhnlichen Geschäftstage eine eher nachtheilig veränderte Physiognomie. Dieselbe Lustlosigkeit, die selbe Enthaltung von geschäftlicher Thätigkeit, dieselben Zweifel und Conclusionen in Bezug auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse herrschten heute ebenso wie bisher. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, wenn der hiesige Platz in eine gewisse Abhängigkeit von den anderen Börsen gerät und diese Abhängigkeit in der Coursbewegung zum Ausdruck bringt. So war denn auch heute das gesammte Coursiuereau in Folge der auswärtigen Notirungen etwas herabgesetzt. Der Geldmarkt zeigt eine geringere Flüssigkeit und während sich tägliches Geld auf 4% a 5% stellte, waren feinte Briefe am offenen Markt nicht unter 3% zu placiren. Die Rückgänge, die die internationalen Speculationspapiere erfuhrn, beßtern sich auf 2—3 M. Gegen Schluß der Börse befestigte sich die Stimmung für Dößter. Creditation etwas. Dößter. Nebenblatt.

Berlin, 29. Sept. Die heutige Börse trug gegen die leichtvergangenen gewöhnlichen Geschäftstage eine eher nachtheilig veränderte Physiognomie. Dieselbe Lustlosigkeit, die selbe Enthaltung von geschäftlicher Thätigkeit, dieselben Zweifel und Conclusionen in Bezug auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse herrschten heute ebenso wie bisher. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, wenn der hiesige Platz in eine gewisse Abhängigkeit von den anderen Börsen gerät und diese Abhängigkeit in der Coursbewegung zum Ausdruck bringt. So war denn auch heute das gesammte Coursiuereau in Folge der auswärtigen Notirungen etwas herabgesetzt. Der Geldmarkt zeigt eine geringere Flüssigkeit und während sich tägliches Geld auf 4% a 5% stellte, waren feinte Briefe am offenen Markt nicht unter 3% zu placiren. Die Rückgänge, die die internationalen Speculationspapiere erfuhrn, beßtern sich auf 2—3 M. Gegen Schluß der Börse befestigte sich die Stimmung für Dößter. Creditation etwas. Dößter. Nebenblatt.

Berlin, 29. Sept. Die heutige Börse trug gegen die leichtvergangenen gewöhnlichen Geschäftstage eine eher nachtheilig veränderte Physiognomie. Dieselbe Lustlosigkeit, die selbe Enthaltung von geschäftlicher Thätigkeit, dieselben Zweifel und Conclusionen in Bezug auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse herrschten heute ebenso wie bisher. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, wenn der hiesige Platz in eine gewisse Abhängigkeit von den anderen Börsen gerät und diese Abhängigkeit in der Coursbewegung zum Ausdruck bringt. So war denn auch heute das gesammte Coursiuereau in Folge der auswärtigen Notirungen etwas herabgesetzt. Der Geldmarkt zeigt eine geringere Flüssigkeit und während sich tägliches Geld auf 4% a 5% stellte, waren feinte Briefe am offenen Markt nicht unter 3% zu placiren. Die Rückgänge, die die internationalen Speculationspapiere erfuhrn, beßtern sich auf 2—3 M. Gegen Schluß der Börse befestigte sich die Stimmung für Dößter. Creditation etwas. Dößter. Nebenblatt.

Berlin, 29. Sept. Die heutige Börse trug gegen die leichtvergangenen gewöhnlichen Geschäftstage eine eher nachtheilig veränderte Physiognomie. Dieselbe Lustlosigkeit, die selbe Enthaltung von geschäftlicher Thätigkeit, dieselben Zweifel und Conclusionen in Bezug auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse herrschten heute ebenso wie bisher. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, wenn der hiesige Platz in eine gewisse Abhängigkeit von den anderen Börsen gerät und diese Abhängigkeit in der Coursbewegung zum Ausdruck bringt. So war denn auch heute das gesammte Coursiuereau in Folge der auswärtigen Notirungen etwas herabgesetzt. Der Geldmarkt zeigt eine geringere Flüssigkeit und während sich tägliches Geld auf 4% a 5% stellte, waren feinte Briefe am offenen Markt nicht unter 3% zu placiren. Die Rückgänge, die die internationalen Speculationspapiere erfuhrn, beßtern sich auf 2—3 M. Gegen Schluß der Börse befestigte sich die Stimmung für Dößter. Creditation etwas. Dößter. Nebenblatt.

Berlin, 29. Sept. Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn in der Eisenbahn vom 16. bis zum 22. Sept. 357,488 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehr-Einnahme von 63,085 fl.

Wien, 29. Septbr. [Wochenausweis der gesammten Lombardischen Eisenbahn] vom 16. bis zum 22. September 1,615,227 fl., gegen 1,495,361 fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Mehreinnahme 119,866 fl.

Wien, 29. Septbr. Die Einnahme des italienischen Nehes in der Woche vom 16. bis zum 22. Septbr. betrug 838,882 fl., die Mehreinnahme deselben 28,885 fl., die Gesamt-Mehreinnahme des italienischen Nehes seit 1. Juli d. J. 377,715 fl., die Gesamt-Mindereinnahme des österreichischen Nehes seit 1. Januar d. J. 410,042 fl.

Telegraphische Course und Börsennachrichten. (Aus Wolffs Telegr.-Bureau)

Frankfurt a. M., 29. Septbr. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schluß-Course] Londoner Wechsel 204,30. Pariser Wechsel 81,05. Wiener Wechsel 167,00. Böhmisches Westbahn 153. Elisabethbahn 118. Galizier 173%. Franzosen* 235%. Lombarden* 66. Nordwestbahn 110. Silberrente 57%. Papierrente 55%. Russische Bodencredit 85%. Russen 1872 — Amerikaner 1885 100%. 1860er Loope 102%. 1864er Loope 258. Creditactien* 126%. Österreichische Nationalbank 71,00. Darmst. Bank 108%. Berliner Bantverein 84%. Frankfurter Wechslerbank 82%. Österreichische Bank 92%. Meininger Bant 77%. Hessische Ludwigsbahn 99%. Oberhessen 73%. Ungarische Staatsloipe 145, 40. do. Schahanschirungen alte 87. do. Ottbahn-Obligationen 11. do. Central-Pacific 98%. Reichsbank 158%. Wenig belebt. Course im Allgemeinen matter.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 126%. Franzosen 235%. Lombarden 66. Galizier —. Silberrente —. Papierrente —. 1860er Loope —. Reichsbank —.

* per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 29. Septbr. Nachmittags. [Schluß-Course] Hamburger St.-Pr.-A. 116, Silberrente 57%. Creditactien 126%, 1860er Loope 103, Franzosen 587, Lombarden 164, Ital. Rente 74%, Vereinsbank 118%, Laurahütte 70, Commerzbank 94%, Norddeutsche 127%, Anglo-deutsche 47%, Internationale Bank 83%. Amerikaner 1885 97, Köln-Minden

51,6—3—5 M. bez. per October-November 50,6—4—5 M. bez. per Nov.
Dec. 50,5—3—4 M. bez. Gefündigt 2000 Liter. Kündigungspreis 51,5 M.

Berliner Börse vom 29. September 1876.

Fonds- und Geld-Course.	
Consolidierte Anleihe, do. der 1876	14½ 104,60 bz
do. do. 97,20 G	
Staats-Anleihe e.	96,80 bz
Staats-Schuldscheine, do. Präm.-Anleihe v. 1855	93,90 bzB
Präm.-Anleihe v. 1855	137 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	101,90 bz
Berliner	101,50 B
Pommersche	83,50 bz
Posenische neue	49,50 bzG
Schlesische	—
Kur. u. Neumärk.	96,10 bz
Pommersche	96,20 bz
Preussische	96 G
Westfäl. u. Rhein.	96,10 bz
Sachsenische	98,40 bz
Sachsenische	96,80 bz
Schlesische	97,60 G
Badische Präm.-Anl.	118,25 bz
Badische 4% Anleihe	121,50 B
Cöln-Mind. Prämensch.	108,70 bzG
Kurh. 40 Thaler-Loose 231,75 G	
Badische 35 Fl.-Loose 136 G	
Braunschw. Präm.-Anleihe 84,90 bz	
Oldenburger Loose 134,90 B	
Ducaten 9,75 G	Fremd. Bkn. —
Sover.	einf. LLeip. —
Napoleons 16,25 bz	Oest. Bkn. 167,75 bz
Imperials 16,69 G	Russ. Bkn. 268 bz
Dollars —	

Wechsel-Course.	
Amsterdam 100FL	8 T. 3 168,95 bz
do. do.	2 M. 3 168,35 bz
London 1 Lstr.	3 M. 2 20,36 bz
Paris 100 Frs.	8 T. 3 81 bzB
Petersburg 100SR.	3 M. 7 262,30 bz
Warschau 100RS.	8 T. 7 296,70 bz
Wien 100 FL	8 T. 4½ 167,40 bz
do. do.	2 M. 4½ 166,10 bz

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.	
Divid. pro	1874 1875 ZL
Aachen-Maastricht.	1 1 4 20,75 bzG
Berg-Märkische.	2 4 81,75 bz
Berlin-Anhalt.	8 4 108 bzB
Berlin-Dresden.	5 4 21 bz
Berlin-Görlitz.	0 0 4 32 bz
Berlin-Hamburg.	12½ 10 180 B
Berl.-Nordbahn.	0 fr. —
Berl.-Potsd.-Magdeb.	1½ 4 82 bzG
Berlin-Stettin.	9 4 120,40 bz
Böhni. Westbahn.	5 5 76 bz
Breslau-Freib.	7½ 5½ 74 bzB
Cöln-Minden.	60/20 48/10 104,5 bz
do. Lit. B.	5 5 103,75 bz
Cuxhaven Eisenb.	6 0 6 —
Dux-Bodenbach.	0 4 7,50 bzG
Gau-Carl-Ludw.-B.	8½ 6 87,25 bz
Halle-Sorau-Gub.	0 0 4 8,30 bzB
Hannover-Altenb.	0 0 4 14,10 bz
Kaschau-Oderberg.	5 5 39,10 bzB
Kronpr. Rudolfs.	5 5 44 bzG
Ludwigsb.-Bexx.	9 9 176,75 bz
Märk.-Posener.	0 0 4 17 G
Magdeb.-Halberst.	3 6 106,50 bzG
Magdeb.-Leipzig.	14 4 264,30 bz
do. Lit. B.	4 4 98,20 G
Mainz-Ludwigs.	6 6 100,50 bz
Niederschl.-Märk.	4 4 96,75 bz
Oberschl. A.C.D.E.	12 10½ 32½ 136,60 bz
do. Lit. B.	12 10½ 32½ 127 bz
Oest.-Fr. St. B.	6½ 4 474,71,50-2 bz
Oest. Nordwest.	5 5 22 bz
Oest. Südb.(Lomb.)	1½ 0 133,50-250 bz
Ostpreuß. Südb.	0 0 4 24,90 bz
Rechte-O.-U.-Bahn.	6½ 6½ 108,50 bzG
Reichenberg-Pard.	4½ 4½ 45,10 bz
Rheinische	8 4 115,80 bz
do. Lit. B. (4% gar).	4 4 92,60 B
Rhein-Nahe-Bahn.	0 0 4 10,50 bz
Rumän. Eisenbahn.	4 2½ 4 16 bzB
Schweiz-Westbahn.	0 0 4 23,90 bzG
Stargard - Posener.	4½ 4½ 4½ 101,50 bz
Thüringer-Lit. A.	7½ 7½ 4 131,25 bz
Thüringen-Wien.	10 7½ 4 200 B
Warschau-Wien.	10 7½ 4 200 B

Hypothenen-Certificate.	
Krupp'sche Partial-Obl.	102,80 bz
Unkb. Pf. d.Fr. Hyp.-B. P.	99 bzG
do. do.	100,40 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pf.	95,75 bzG
do. do.	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bd. Cr.	100 bz
Unkünd. do. (1872)	101,50 B
do. rückzb.	106,40 bz
do. do.	102,40 bz
Unk. H. Pr. Bd.-Crd. B.	102,60 bzG
do. II. Em. do.	102,60 bzG
Kündbr. Hyp.-Schuld.	101,50 bzG
do. do.	101,50 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe.	103 G
do. do.	101,75 G
Goth. Präm.-Pr. I Em.	109 B
do. II. Em.	106,50 bz
do. 5% Prätzklbr.m. 110	101,50 bz
do. 4% do. m. 110	95,50 bz
Meininger Präm.-Pf.	102,75 G
Oest. Silberpfandbr.	34,10 G
do. Hyp.-Crd.-Pf.	27 G
Frd. o. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	86 bz
Schles. Bodener. Pfdr.	3 100 G
Stüdd. Bod.-Crd.-Pf.	3 —
do. do.	4½ 4½ 98 G
Wiener Silberpfandbr.	32 G

Ausländische Fonds.	
Oest. Silberrente	4½ 1/5 57,50 bz
G. 1/1. u. n. 1/1. 1/10.	1/1. 1/1. 57,40 bz
do. Papierrente	4½ 1/5 53,70-54,50 bz
G. 1/1. u. n. 1/1. 1/11.	55,70-57,70 bz
do. 5% Präm.-Anl.	97,50 G 140 bz
do. Lott. Anl. v. 60.	5 102,60 bzG
do. Credit-Loose	308,10 etbzG
Russ. Präm.-Anl. v. 64.	160,50 bz
do. do.	156 bz
do. Bod.-Crd.-Pfdr.	83,40 bz
do. Cent.-Bd.-Cr.-Pfdr.	—
Russ.-Poln. Schatz-Ob.	—
Poln. Pfndbr. III. Em.	76,10 bz
Poln. Liquid.-Pfndbr.	67,50 bz
Amerik. rückz. p. 1881	105,60 B
do. do.	100,70 bzG
do. 5% Anleihe	102,90 bzG
Französische Rente	—
Ital. neue 5% Anleihe	—
Ital. Tabak-Öhl.	102,30 etbzG
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	68,25 bz
Rumanische Anleihe	—
Türkische Anleihe	11,90 bz
Üng. 5% Eisenb.-Anl.	70,25 bz
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Finnische 10 Thlr.-Loose 38,70 bz	
Türken-Loose 30,50 B	

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.	
Berlin-Görlitzer.	4 5 74,50 bzG
Berliner Nordbahn.	0 fr. —
Breslau-Warschau.	0 5 —
Halle-Sorau-Gub.	0 5 20,90 bz
Hannover-Altenb.	0 5 35,90 bz
Kohlfurt-Falkenberg.	2½ 0 39,75 etbzG
Märkisch-Posener.	0 3½ 70 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½ 3½ 69,10 bz
Ostpr. Südbahn.	3½ 5 75,50 bz
Pomm. Centralb.	0 fr. —
Rechte-O.-U.-Bahn.	6½ 6½ 111 bzG
Rümainer.	8 8 67 bz
Saal-Bann.	2½ 1½ 27,75 bz
Weimar-Gera.	5 2½ 25,75 bz

Bank-Papiere.	
Allg. Deut. Hand.-G.	5 0 22 G
Anglo Deutsche-Bk.	0 3 47,50 bz
Berl. Kassen-Ver.	19½ 17 162 G
Berl. Handels-Ges.	7 5 72 bzG
do. Prod.-Hals.-B.	10½ 9½ 84,75 bz
Braunschw. Bnk.	7½ 6½ 97,50 bz
Bresl. Disc.-Bank.	4 2 69 bzG
Bresl. Maklerb.	0 0 4 —
Bresl. Wechsler.	3½ 4 75,50 G
Coburg-Crd.-Bnk.	2½ 6 68 bz
Danziger Priv.-Bk.	7 4 116,10 G
Darmst. Creditb.	10 6 107,50 bz
Darmst. Zettelb.	6½ 5½ 96 B
Deutsche Bank	5 3 81,25 bzG
do. Reichsbank.	— 4 158,75 bz
do. Hyp.-B. Berlin.	7½ 7 95,50 G
Disc. Comm.-Anth.	12 7 119 bz
do. ult.	12 7 187,50-18,75 bz
Genossensch.-Bnk.	6 5½ 90,50 G
Gwb. Schuster u. C.	0 0 4 —
Goth. Grundst.-B.	9 8 105 bz
Hamb. Vereins-B.	11½ 9½ 103,50 bz
Hannov. Bank	6½ 5½ 98,75 G
Königsb. Ver.-Bank.	6½ 5½ 82 B
Lndw.-B. Kwielecki.	6½ 5½ 65 etbzG
Leipz. Cred.-Aanst.	9 7 109,75 G
Luxemburg. Bank.	9 6½ 98,75 B
Magdeburger do.	5½ 5½ 103,90 bz
Moldauer Lds.-Bk.	3 0 128,50 B
Nordd. Gründ.-B.	10 6½ 96,50 bzG
Oest. Cred.-Aktion.	6½ 5 235,50-6,50 bz
Posner Prov.-Bk.	8 4 97,60 bz
Pr. Bod.-Cr.-Act.	8 4 117 bzG
Pr. Cent.-Bd.-Crd.	9½ 10½ 120 bzG
Sächs. Bank	10½ 10½ 95 G
Sächs. Cred.-Bank.	5 5½ 89,